

Begleitumständen kapitulierten, fehlen im Sample. Außergewöhnlich viele Befragte wurden Professoren oder bekleideten Führungspositionen in Wirtschaft bzw. Staatsverwaltung. Aus der zeitlichen Distanz von mehreren Jahrzehnten dominieren in der Erinnerung an die Jugend- und Studentenzeit die positiven Erinnerungen. Gedächtnis funktioniert selektiv; diese Grunderkenntnis der »Oral History« hätte von den Autoren thematisiert und mitbedacht werden müssen.

Methodische Exaktheit, Ausgewogenheit und Repräsentativität gehen nicht selten zu Lasten der Lebendigkeit in der Darstellung. Genau hier liegt die Stärke des Buches. Die Autoren verzichteten bewußt auf eine ausgewogene, dafür aber langweilige Sammlung von »einerseits-andererseits«-Antworten. Statt dessen erschlossen sie durch viele und ausführliche Zitate – nicht selten über mehr als eine Seite hinweg – die Erfahrung und Verarbeitung der Ereignisse durch die Betroffenen. Erfreulicherweise wurden auch die Kriegsjahre einbezogen, die für das Verständnis der besonderen Rahmenbedingungen des Studiums nach 1945 unerlässlich sind. Der Rezensent hätte sich bisweilen eine breiter ausgeführte Synthese gewünscht. Auch die Konfrontation der subjektiven Dimension mit den aus der Literatur zur Nachkriegsgeschichte bekannten Fakten hätte der Darstellung gut zu Gesicht gestanden. Es ist zu hoffen, daß das vorliegende Buch nicht das letzte zur beruflichen Sozialisation einer Generation bleibt, welche die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wesentlich beeinflußt hat. Dieses wichtige Thema verdient weitere Aufmerksamkeit.

*Helmuth Trischler, München*

Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, 445 S., Ln., 78 DM.

Zu den großen politischen Kontroversen, die in der Ära Adenauer ausgetragen wurden, gehörte die Frage nach Rang- und Reihenfolge der Ziele Wiedervereinigung und Westintegration. Zu Beginn dieser Auseinandersetzung entstand die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). In der Öffentlichkeit und in der historischen Forschung wird mit dieser Partei in erster Linie der Name Gustav Heinemanns, des ersten Bundesinnenministers und späteren Bundespräsidenten, in Verbindung gebracht. Allenfalls Helene Wessel, der früheren Zentrumspolitikerin und politischen Weggefährtin Heinemanns in der GVP, wird noch Beachtung geschenkt. Es ist das Verdienst von Josef Müller, mit seiner Dissertation erstmals einen detaillierten und differenzierten Einblick in die Geschichte dieser Partei zu geben. Die Untersuchung der GVP konzentrierte sich bisher weitgehend auf die Person Heinemanns. Dagegen stellt der Verfasser seine Analyse durch die Einbeziehung weiterer relevanter Akteure der GVP auf eine breitere Grundlage und macht innerparteiliche Strömungen sichtbar. Müller hat dazu die Nachlässe führender GVP-Politiker ausgewertet.

Die Arbeit beginnt zeitlich mit der Auseinandersetzung zwischen Heinemann und Adenauer im Bundeskabinett, die sich an der Vorgehensweise des Bundeskanzlers beim Sicherheitsmemorandum im August 1950 entzündete. Heinemann trat im Oktober 1950 als Bundesinnenminister zurück. Müller sieht in dem Rücktritt Heinemanns ein Signal für eine sich langsam formierende, bürgerliche Opposition gegen die Westpolitik des Bundeskanzlers. Diese bürgerlichen Wiederbewaffnungsgegner, die sich Ende 1951 zur Notgemeinschaft für den Frieden Europas zusammenschlossen, kamen zwar mehrheitlich aus dem protestantisch-reformierten Lager, doch befanden sich auch renommierte Anhänger des politischen Linkskatholizismus in ihren Reihen.

Die führenden politischen Köpfe dieser neuen Sammlungsbewegung waren zweifelsohne Heinemann und Helene Wessel. Beide verfolgten dasselbe Ziel, indem sie von der Bundesregierung verlangten, keinem Militärbündnis beizutreten. Heinemann propagierte mit seiner Forderung einer Ausklammerung Deutschlands aus dem Ost-West-Konflikt einen isolationistischen Weg. Wessel warb dagegen für eine Gleichgewichtspolitik, die eine starke deutsche Position unterstellte. (S. 85)

Die Mitglieder der Notgemeinschaft sahen ihre Vereinigung nicht als Partei an, sondern eher als Zusammenschluß politisch Gleichgesinnter. Einziger Bezugspunkt war die Wiederherstellung der Einheit der Nation und die Rettung des Friedens in Europa. Daraus resultierte dann der Widerstand gegen den Westintegrations- und Wiederbewaffnungskurs der Bundesregierung. Die Notgemeinschaft war ein Honoratiorenkreis und besaß keinen hauptamtlichen Apparat, was das Agieren in der Öffentlichkeit erheblich erschwerte. Ihre Arbeit beschränkte sich auf die Ausarbeitung eines Aufrufes und Durchführung einer Unterschriftensammlung gegen die Wiederbewaffnung, die jedoch erfolglos blieb. Zur Verbesserung der eigenen Arbeit tauchte deshalb bei den führenden Vertretern der Notgemeinschaft die Frage nach einer Parteigründung auf, da die Sammlungsbewegung nach fast einjähriger Arbeit »den publizistischen Reiz verloren und ihren politischen Höhepunkt längst überschritten« hatte. (S. 205)

Vor allem Adolf Scheu, einer der Vorstandsmitglieder der Notgemeinschaft, zählte zu den treibenden Kräften in der Frage der Parteigründung. Dagegen zögerte Heinemann lange Zeit mit seiner Zustimmung zu diesem Schritt. Er verfolgte die Idee einer Sammlungsbewegung verschiedener Gruppierungen und Strömungen, mußte jedoch angesichts der Erfolglosigkeit einer Parteibildung zustimmen. Der Gründungsparteitag der Gesamtdeutschen Volkspartei fand am 29./30. November 1952 in Frankfurt statt.

Die GVP entsprach inhaltlich und personell weitgehend der Notgemeinschaft. Müller bezeichnet deshalb zu Recht die Gründung der GVP als einen Versuch, die Notgemeinschaft zu parlamentarisieren. Eine Verbreiterung der politischen und sozialen Basis gelang jedoch nicht. Die Außen- und Deutschlandpolitik bestimmte das politische Programm der GVP. Allgemeine Zustimmung fand innerhalb der Partei die Forderung nach Neutralität Deutschlands, die als Voraussetzung für die nationale Einheit angesehen wurde. Dagegen blieb die GVP in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zerstritten und nach außen konfusenlos. Die fehlende Parteiorganisation machte der GVP bei der Vorbereitung der Bundestagswahlen 1953 sehr zu schaffen.

Besonders verhängnisvoll war für die GVP in diesem Bundestagswahlkampf das Wahlbündnis mit dem kommunistisch unterwanderten Bund der Deutschen (BdD), dem auch der ehemalige Reichskanzler Josef Wirth angehörte. Im Zeichen des Kalten Krieges und des eskalierenden Ost-West-Gegensatzes bedeutete dieser Schritt politischen Selbstmord. Mit der Öffnung der ostdeutschen Archive läßt sich die Frage der politischen Einflußnahme der DDR auf westdeutsche Parteien sicherlich beantworten. Müller läßt diese Frage offen, betont aber, daß die GVP sich sehr früh von dem neuen Bündnispartner distanzierte. Vor allem Heinemann sah die Gefahr einer Abhängigkeit seiner Partei vom Osten, wenn es zu einer Zusammenarbeit mit dem BdD kommen würde.

In der Öffentlichkeit hinterließ dieses Wahlbündnis einen verheerenden Eindruck. Die GVP ging in der Bundestagswahl 1953 sang- und klanglos unter: Sie erhielt nur 1,16 % der abgegebenen Stimmen. Das außenpolitische Programm der GVP war mit der Wahlentscheidung zugunsten Adenauers und seiner Westpolitik überholt, die Partei erschien überflüssig. Die GVP hatte während der ganzen Zeit ihres Bestehens keinen Einfluß auf die außenpolitische Entwicklung nehmen können. Mit der Wahlniederlage 1953 begann der letzte Abschnitt der Geschichte der GVP: Der schleichende Prozeß der Auflösung und der Übertritt der Parteiführung zur SPD. Auch hierbei zeigte sich Heinemann als großer Zauderer. Erst Ende April 1957 war er als letzter in der GVP-Führungsspitze von der Notwen-

digkeit einer Parteiauflösung überzeugt. Der Übertritt der GVP-Politiker, zu denen neben Heinemann unter anderem Johannes Rau und Erhard Eppler gehörten, hatte langfristige Wirkungen. Die GVP leistete einen wichtigen Beitrag für die Aussöhnung zwischen Kirche und SPD und trug damit zur »Entkonfessionalisierung der Politik auch im oppositionellen Milieu« bei. (S. 407)

Müller gelingt es, eine Forschungslücke zu schließen. Das Buch basiert auf einem stark personalistischen Ansatz, strukturelle Fragen und Probleme wie z. B. Aufbau und Zusammensetzung der Partei bleiben dagegen unterbelichtet. *Dierk Hoffmann, München*

Wolfgang Schollwer, *Liberaler Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961*, hrsg. v. Monika Faßbender (= Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 9), Oldenbourg Verlag, München 1990, 230 S., kart., 58 DM.

Nach dem »Potsdamer Tagebuch 1948–1950« (vgl. AfS XXX, 1990, S. 527 f.) hat Wolfgang Schollwer nun seine Aufzeichnungen aus den Jahren 1957 bis 1961 publizieren lassen. Dabei handelt es sich zwar nicht um eine originäre Quelle, doch versichert die Herausgeberin Monika Faßbender in ihrer Einleitung, Schollwers Text zeichne sich durch Authentizität aus. Die jetzt vorliegende Fassung entstand demnach 1974/75, als Schollwer »Tagebuchnotizen, Gesprächsaufzeichnungen und Aktenvermerke« in eine zusammenhängende Form brachte (S. 16). Schollwer vermied es, neu gewonnene Erkenntnisse ex post zu berücksichtigen. So findet beispielsweise der Globke-Plan (1959) keine Erwähnung. Verschiedene Fehldeutungen, etwa hinsichtlich der politischen Zukunft Adenauers nach den Bundestagswahlen 1961, wurden nicht aus dem Text getilgt.

Damit wird bereits deutlich, daß Schollwers Aufzeichnungen uns keinen Aufschluß über wesentliche Bonner Entscheidungsprozesse geben können, zumal Adenauer zwischen 1957 und 1961 mit einer absoluten Unionsmehrheit regieren konnte. Um so intensiver beleuchtet Schollwers Text die Vorgänge innerhalb der FDP in der Zeit, als die gesamte Partei in »liberale[r] Opposition gegen Adenauer« stand. Schollwer durchlief in diesen Jahren einen Entwicklungsprozeß. Aus dem Ostbüro der FDP kommend, galt er noch 1957 als deutschlandpolitischer »Hardliner«, der Adenauers »Politik der Stärke« gegenüber dem Osten unterstützte. Nicht zuletzt die Kontakte zu seinem Parteifreund und Vorgesetzten Josef Ungeheuer brachten ihn zu der Erkenntnis, daß neue Wege in der Ostpolitik beschritten werden mußten, wollte man dem Ziel der »Wiedervereinigung« näherkommen. Den »geläuterten Nationalisten« Schollwer (Klaus Hildebrand) lenkte die intellektuelle Auseinandersetzung in eine Richtung, die zu den Schollwer-Plänen der Jahre nach 1961 führte.

Die Aufzeichnungen setzen im Vorfeld der Bundestagswahlen 1957 ein und enden nach der Wahl von 1961. Zur Enttäuschung Schollwers erreichte die FDP 1957 »ganze 7,7 %«, war »dem Absturz ins Nichts also greifbar nahe« (S. 29). Das Zweiparteiensystem drohte. Doch vier Jahre später konnte Schollwer triumphieren: »12,7 % und 66 Sitze im kommenden Bundestag – ein Traumresultat!« (S. 163) Mit ausschlaggebend für diese Entwicklung war nach Schollwers Ansicht die Ausstrahlung des neuen Parteivorsitzenden Erich Mende. Obwohl Mende neben Wolfgang Döring maßgeblich an der Ablösung Schollwers als FDP-Pressesprecher durch Karl Moersch beteiligt war – Schollwer blieb Chefkommentator der »freien demokratischen Korrespondenz« –, erfuhr er weniger Kritik als sein Vorgänger Reinhold Maier. Mende stand für ein Ende der »Zeit des neben der Geschichte Herlebens, der trügerischen Geruhsamkeit und der politischen Stagnation« (so Schollwer in einem Beitrag für die fdk am Tag nach der Wahl, S. 205). Freilich sah Schollwer in der Euphorie